

Gesamtgesellschaftliche Zeitenwende

Russland-Ukraine, Aserbaidzhan-Armenien, Hamas-Israel, Militärputsch im Niger: die Welt scheint im Chaos zu versinken. Die Zeitenwende läuft an. Die Bundesregierung stellt die Panzerbrigade 42 als permanente Einheit in Litauen auf und erhöht die Verteidigungsausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Viel wurde bereits über die Zeitenwende und über ihre holprige Umsetzung geschrieben, aber sie findet nicht nur in der Bundeswehr statt. Eine Zeitenwende muss gesamtgesellschaftlich gedacht und diskutiert werden, meint Moritz Holz vom Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen (BSH).

Nicht jede und jeder in Deutschland setzt sich intensiv mit Sicherheitspolitik auseinander. Selbst nach Annexion der Krim 2014 war das Interesse an außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen gering. Seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine ist das Augenmerk stärker auf die Bundeswehr und die Außen- und Sicherheitspolitik gerückt. Während nun vermehrt Expertinnen und Experten in den Medien auftreten, fallen Begriffe wie „Abschreckung“, „schwere Waffen“ und „Strategie“.

Darunter kann sich zwar jede und jeder etwas vorstellen, diese Vorstellungen stimmen aber selten mit der tatsächlichen Begriffsdefinition überein. Gerne werden Soldaten und Soldatinnen als „schwer bewaffnet“ bezeichnet, wenn sie im Kampfanzug und mit Sturmgewehr zu sehen sind. Letzteres wird dann schnell zum Maschinengewehr. Dass solche Soldaten und Soldatinnen eher leicht bewaffnet sind, scheint unklar zu sein. Das Beispiel steht symptomatisch für mangelnde sicherheitspolitische Bildung.

So führt zum Beispiel die Unterscheidung von Angriffs- und Verteidigungswaffen zu Kopfschütteln unter Experten und Expertinnen. Eine Waffe ist neutral und kann zu Angriffs- und Ver-

teidigungszwecken genutzt werden. Die Operationsart Angriff ist Teil eines Verteidigungskrieges. Mangelnde sicherheitspolitische Expertise schlägt sich auch in den Diskussionen um Waffenlieferungen nieder. Es hat sich herausgestellt, dass von den Verbündeten gelieferte Waffensysteme den Krieg nicht sofort entscheiden (können) und dass die Lieferungen nicht zu einer nuklearen Eskalation beitragen.

Die gesellschaftliche Ahnungslosigkeit über sicherheits- und verteidigungspolitische Themen verhindert aktive und konstruktive Teilhabe an bitter nötigen gesamtgesellschaftlichen Diskussionen. Es entstehen Scheindebatten, die Fragen unbeantwortet lassen. Die Aufregung um den Begriff „Kriegstüchtigkeit“ bestätigt diesen Punkt. Natürlich ist es wichtig die pazifistische Haltung der Bundesrepublik zu erhalten. Im Kontext der deutschen Historie, den Schranken des Grundgesetzes sowie der Nationalen Sicherheitsstrategie ist eindeutig, dass sich das Wort „Krieg“ im Begriff „Kriegstüchtig“ aus-

schließlich auf einen Verteidigungskrieg bezieht. Natürlich sollte eine freiheitlich demokratische Gesellschaft so wenig wie möglich mit Krieg in Berührung kommen. Leider halten diese Idealvorstellungen der Realität nicht stand. Um gesellschaftliche Debatten über die Ausrichtung der deutschen Sicherheitspolitik führen zu können, müssen wir auch als Gesellschaft die Lage akzeptieren und in der gleichen Sprache sprechen.

Aber wie kann man sich sicherheitspolitisches Wissen aneignen? Hier sind die Bundesregierung und Landesregierungen gefragt. Eine Grundlage muss mit sicherheitspolitischer Bildung geschaffen werden. Es bedarf an gesellschaftlichen Akteuren, um auf die Menschen zuzugehen und über Sicherheitspolitik aufzuklären.

Dies können sicherheitspolitische Organisationen wie der BSH sein, der mit seinen Hochschulgruppen ein breites Bildungsangebot bereitstellt. Leider sind Sicherheitsfragen kein Thema auf das schnelle Antworten zu finden sind. Die gegenwärtigen Probleme sind hochkomplex und können von der Gesellschaft nur verstanden und bewältigt werden, wenn sich ihnen gemeinsam, gesamtgesellschaftlich, intensiv und mit einer neuen Perspektive betrachtet werden.

Moritz Holz



Foto: pixabay.com/jaengleske1987

Eine gesamtgesellschaftliche Debatte über sicherheitspolitische Fragen ist notwendig